



Bundes- tags- brief

Nr. 138 • Die Woche im Bundestag • 14.06.2013



DEUTSCHER BUNDESTAG
**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222
Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Bekämpfung der Flut – eine bewundernswerte Gemeinschaftsleistung

Große Gebiete in Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind vom Hochwasser betroffen. Auch wenn sich in einigen Regionen die Lage entspannt, gibt es in anderen noch keine Entwarnung. Für alle sind die Folgen erheblich.

Es tut gut zu sehen, dass die Menschen in solch einer Situation zu großartigen Gemeinschaftsleistungen zusammenfinden. Unser ausdrücklicher Dank gilt daher allen ehrenamtlichen und hauptamtlichen, Einsatzkräften.

Für eine umfassende Bilanz ist es noch zu früh, einige Dinge kann man aber schon festhalten: Aus der Flut 2002 sind wesentliche Konsequenzen gezogen und der Hochwasserschutz an vielen Stellen exzellent verbessert worden.

Vor allem in den oberelbischen Regionen sind deutlich weniger Schäden zu beklagen. Weil diesmal Saale und Mulde zudem beinahe zeitgleich ihre Höchstwasserstände hatten, sind die Schäden im weiteren Verlauf der Elbe dagegen höher als 2002. Hier kommt es darauf an, noch bestehende akute Gefahren zu bekämpfen.

Am Donnerstag schon hat sich die Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten treffen. Im Mittelpunkt standen das Soforthilfeprogramm des Bundes, die Beseitigung der unmittelbaren Schäden, Hilfen für die Betroffenen und weitere Überlegungen zur Vermeidung künftiger Hochwasserschäden stehen. Gerade hierbei wird es nicht nur einfache Lösungen geben können.

Die finanzielle Bewältigung der Flutfolgen ist eine nationale Anstrengung, bei der die Solidarität der Länder untereinander ebenso geboten ist wie die Hilfe des Bundes.

Das nun beschlossene 8-Milliarden-Sofortprogramm zeigt: Wir lassen die Menschen nicht allein.

Erinnerung an den 17. Juni 1953 wachhalten – Dank und Gedenken.

Am 17. Juni 1953 gingen über eine Million Menschen in über 560 Städten und Gemeinden in der DDR auf die Straße, um für Freiheit, Demokratie und Einheit zu demonstrieren.

Der Ruf nach Freiheit brach sich Bahn – gerade einmal vier Jahre nach der DDR-Gründung war der Staat bereits moralisch bankrott. Er war von der Bevölkerung nie wirklich angenommen.

Die Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei haben die Bürger der DDR nur ertragen, nie aber getragen. Die Staatsführung wusste zwar um die schlimmen Folgen ihrer Politik, denunzierte den Protest dagegen aber als „faschistischen Putschversuch“. Nur mit Hilfe sowjetischer Panzer überlebte das Regime den Volksaufstand am 17. Juni 1953.

Wir dürfen nicht vergessen – weder diejenigen, die mutig für Freiheit aufstanden, noch das, wogegen sie protestierten.

Die DDR war von Beginn an ein Willkür- und Repressionsstaat. Menschenrechte spielten im SED-Staat keine Rolle. Deswegen dürfen wir es nicht unerwidert lassen, wenn der Diktaturcharakter der DDR und die Folgen für die Menschen verharmlost werden, wenn diese Diktatur als lustiges Kostümfest Auferstehung feiert. Es darf keinen Schlussstrich unter die Aufarbeitung des SED-Unrechts geben.

Der 17. Juni 1953 war ein Tag der Freiheit und markiert den Beginn einer ganzen Reihe von verzweifelten Versuchen der Menschen in Osteuropa, sich zu befreien. Doch auch die Aufstände in Ungarn und in der Tschechoslowakei wurden brutal niedergeschlagen. Auf Dauer aber ließ sich der Wille der Völker zur Freiheit nicht brechen – sie entranen den Regimen die Macht, zunächst in Polen und Ungarn, schließlich auch in der DDR.

Wir sind und bleiben überzeugt von der Kraft der Freiheit. Gerade wir Deutschen wissen, wie wichtig diese Freiheit ist. Spätestens seit dem 18. März 1848 steht das Streben nach ihr im Zentrum unserer Geschichte.

Dieses Streben ist verknüpft mit dem 17. Juni 1953, dem 13. August 1961 und dem 9. November 1989. In der Folge konnte Deutschland als Ganzes in den Kreis der freien Völker Europas zurückkehren.

Auch deswegen ist der 17. Juni für uns ein wichtiger Tag. Mit einem beeindruckenden Festakt im „Tränenpalast“, dem neuen Museum in der ehemaligen deutsch-deutschen Grenzabfertigungshalle an der Friedrichstraße, haben wir zusammen mit Zeitzeugen einen besonderen Akzent zum 60. Jahrestag dieses Volksaufstandes gesetzt.

Unserer Anregung in der letzten Wahlperiode ist es zu verdanken, dass wir jetzt auch im Deutschen Bundestag zu einem Festakt zusammengekommen sind und einer bewegenden Rede unseres Bundespräsidenten beiwohnen konnten.

Europäische Bankenaufsicht erhält mehr Durchschlagskraft

In dieser Woche entscheiden wir über die Übertragung besonderer Aufgaben der Bankenaufsicht auf die Europäische Zentralbank (EZB).

Auf diesem Wege kommen wir unserem Ziel, eine schlagkräftige Bankenaufsicht in der gesamten Europäischen Union zu schaffen, einen entscheidenden Schritt näher.

Die Einbeziehung der EZB stellt die einheitliche Durchsetzung der Aufsichtsstandards sicher, so dass neues Vertrauen in die Stabilität der Banken überall in Europa entsteht.

Die EZB wird mit den nationalen Behörden eng zusammenarbeiten - ähnlich wie im Bereich der Geldpolitik mit den nationalen Zentralbanken. Die politischen Eckpunkte der Zusammenarbeit liegen vor.

Die genauere Ausgestaltung wird in einem Rahmenwerk festgelegt, das von der EZB in Konsultation mit den nationalen Aufsichtsbehörden noch zu erarbeiten ist.

Mit unserer Entscheidung nehmen wir als deutscher Gesetzgeber unsere Integrationsverantwortung wahr.

Deutsche zufrieden mit Demokratie

Die Zufriedenheit der Deutschen mit der Demokratie hat in den letzten Jahren entgegen der öffentlichen Wahrnehmung zugenommen.

Gaben im Jahr 2003 noch 67 Prozent der Befragten an, einigermaßen zufrieden oder sehr zufrieden mit der Demokratie zu sein, so sind es heute 83 Prozent. Der Anteil der Unzufriedenen hat sich im gleichen Zeitraum von 29 auf elf Prozent verringert.

Vor allem in den neuen Ländern ist die Zufriedenheit größer geworden. Sie stieg von 47 Prozent im Jahr 2003 (Westen: 72 Prozent) auf 74 Prozent (84 Prozent). Auch beurteilen es nur 27 Prozent der Deutschen als sinnlos, sich politisch zu engagieren. Schließlich sind nur 24 Prozent der Bürger der Ansicht, die im Bundestag vertretenen Parteien würden sich inhaltlich nicht voneinander unterscheiden, 1991 waren dies noch 31 Prozent. 65 Prozent erkennen deutliche Unterschiede zwischen den Parteien.

Ein weiteres Ergebnis der Studie ist, dass die Entscheidung zur Wahlteilnahme vorrangig vom sozialen Umfeld abhängt: Wurde im Elternhaus sehr oft über Politik gesprochen, so liegt die Wahrscheinlichkeit zur Wahl zu gehen bei 91 Prozent (Bevölkerung insgesamt: 57 Prozent).

Ähnlich verhält es sich mit dem Wahlverhalten von Freunden und Bekannten. Gehen die meisten von ihnen wählen, so wird mit einer Wahrscheinlichkeit von 77 Prozent an der Wahl teilgenommen.

(Quelle: Bertelsmann Stiftung, Institut für Demoskopie Allensbach)